

Der Akt Toni Sailer und die Möglichkeit einer Falle

Wer Polen unter der Herrschaft des Kommunismus erlebt hat, weiß: Es war eine übliche Methode des Geheimdienstes, prominente Personen aus dem Westen zu kompromittieren. Das sollte man bei den Enthüllungen um das Skidol mitbedenken.

Martin Pollack

Ihren Bericht über den Skandal um Toni Sailer, der 1974 in Polen eine junge Frau misshandelt, vielleicht vergewaltigt haben soll, habe ich mit Interesse gelesen. Ich habe nicht die Absicht, eine Lanze für die sportliche Ikone zu brechen. Gut möglich, dass es so war, wie DER STANDARD gestützt auf gründliche Recherchen, berichtet.

Doch die Tatsache, dass sich der Akt Toni Sailer vor allem auf polnische Unterlagen aus jener Zeit beruft, macht mich stutzig. Ich habe lange Jahre in Polen gelebt, auch in der Zeit, um die es hier geht. Mein Gefühl sagt mir, dass die Geschichte verdächtig nach dem polnischen Geheimdienst (Służba Bezpieczeństwa, SB) riecht. Diese Möglichkeit wird im STANDARD erwähnt, aber nur am Rande. Doch es ist unbestritten, dass sich der polnische SB, wie Dienste anderer kommunistischer Länder, gern solcher Methoden bediente. Beim mutmaßlichen Opfer in der Affäre Sailer handelte es sich, entnehme ich der Zeitung, um eine 28-jährige Geheimprostituierte, die vom Auftrieb westlicher Prominenz in den Skort Zakopane gelockt wurde.

Jeder, der damals in Polen unterwegs war, wusste, dass diese Mädchen mit der Polizei und dem SB zusammenarbeiteten. Wohl selten aus freien Stücken, sondern weil sie Druck auf sie ausübten und sie

bei Bedarf für ihre Zwecke benützten. Es wäre denkbar, dass der SB die Nebenerwerbsprostituierte beauftragte, den prominenten Österreicher in die Falle zu locken. Aber warum hätten die SBler das tun sollen? Sicher nicht, um Sailer irgendwelche Informationen abzupressen. Was hätte ihnen der schon verraten können? Wie die Österreicher ihre Ski wchseln? Nein, darum ging es nicht. Aber sie hätten etwas in der Hand gehabt, um auf die österreichischen Behörden Druck auszuüben. Und das scheint ja funktioniert zu haben, denn österreichische Stellen haben aufgrund der Affäre monatelang rotiert. Und wer weiß, ob sie sich nicht dafür erkennbar gezeigt haben, dass die Polen die peinliche Affäre am Ende ad acta legten. Wäre so etwas in einem Akt zu finden? Da habe ich meine Zweifel.

Die Möglichkeit, dass Sailer in eine Falle gelockt wurde, wird im STANDARD angesprochen, aber nicht weiter verfolgt. An einer Stelle heißt es: „Anton Sailer wies die Vorwürfe stets zurück und behauptete, ihm sei damals im Hotel Sport eine Falle gestellt worden. Darauf findet sich im Akt kein Hinweis.“

Hier ist von einem Akt die Rede, der sich überwiegend auf Informationen der polnischen Behörden stützt. Anzunehmen, dass sich in polnischen Materialien ein Hinweis auf schmutzige Tricks des polnischen Sicherheitsdiens-

tes finden könnte, erscheint mir doch reichlich naiv. Doch über andere Informationen verfügten die Österreicher nicht. Sie waren kaum in der Lage, vermutlich auch nicht daran interessiert, auf eigene Faust Erhebungen anzustellen. Ihnen ging es primär darum, die Affäre möglichst leise aus der Welt zu schaffen.

Hat jemand von der Botschaft mit dem mutmaßlichen Opfer gesprochen, hat ein österreichischer Journalist die Verletzungen des Mädchens gesehen, von denen im polnischen Untersuchungsbericht die Rede ist? Davon steht im STANDARD nichts. Und selbst wenn ein Außenstehender die Verletzungen gesehen hätte, hätte das nichts zu besagen. Die hätte dem Mädchen auch ein Agent des SB beibringen können, um sie entsprechend zu „präparieren“. Es hätte sich dagegen nicht wehren können, war diesen Leuten hilflos ausgeliefert. Die hätten es, ohne mit der Wimper zu zucken, ins Gefängnis stecken können, Vater, Mutter, Bruder hätten ihren Job verlieren können.

Keine unabhängige Justiz

Natürlich ist es denkbar, dass die Geschichte ganz einfach war wie in zahllosen Berichten von #MeToo beschrieben: Toni Sailer ist im Rausch übergriffig geworden und hat das arme Mädchen maltraktiert. Aber es ist nun einmal eine Tatsache, dass die polnische Justiz in jenen Jahren keineswegs unabhängig war. Das sollte man auch bei dieser Geschichte immer mitbedenken. Dass die jetzige polnische Regierung schon wieder bemüht ist, die Unabhängigkeit der Justiz zu demonstrieren, verleiht der historischen Affäre traurige Aktualität.

MARTIN POLLACK, geb. 1944, ist Schriftsteller und literarischer Übersetzer.



Foto: ONB-Bildarchiv / A. Cernak

Toni Sailer, die österreichische Legende: vielleicht ein Opfer schmutziger Tricks des polnischen Geheimdienstes?

LESERSTIMMEN

Mit Anstand gut beraten

Betreff: „Die SPÖ und der Mut zur eigenen Ideologie“ von Katharina Embacher und Julia Herr

DER STANDARD, 17. 1. 2018
Die SPÖ ist selbstverständlich gut beraten, nicht den leisesten Anschein zu erwecken, neben ÖVP und FPÖ die dritte rechtspopulistische Partei sein zu wollen – und das in erster Linie aus Anstand.

Was die SPÖ braucht, sind Leute wie Max Lercher, die mit den Menschen und zu den Menschen reden können, ohne (die sehr geschätzten Genossinnen Embacher und Herr mögen mir diesen Hinweis verzeihen) mit Begriffen wie „Wording“ oder „Spin“ kalte Überheblichkeit auszustrahlen.

Gerfried Schmidt
8551 Wies

Frage der Vernunft

Betreff: „Treibhausgasemissionen sind erneut angestiegen“ von Nora Laufer

DER STANDARD, 17. 1. 2018
Die Klimabilanz des Umweltbundesamts ist ernüchternd: Die Zunahme im Verkehr macht die CO₂-Einsparungen in den anderen Sektoren wie Energie, Industrie, Raumwärme oder Landwirtschaft wieder zunichte.

Aus Sicht des VCÖ ist Klimaschutz schon längst nicht nur eine Frage der ökologischen Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der ökonomischen Vernunft. Versicherungen machen auf die steigenden Schäden durch extreme Wetterereignisse aufmerksam. Ernteausfälle nehmen zu. Gleichzeitig bringt mehr Klimaschutz im Verkehr viele Zusatznutzen, wie etwa weniger Abhängigkeit von teuren Erdölimporten. Ein dichtes öffentliches Verkehrsnetz und der Ausbau der Radinfrastruktur er-

mögliches es, mehr Strecken mit Bahn, Bus und Fahrrad statt mit dem Auto zu fahren, wodurch die Mobilität für die Bevölkerung deutlich kostengünstiger wird.

Und: Aufgrund des UN-Klimaabkommens von Paris steigt weltweit die Nachfrage nach klimaverträglichen Technologien. Wenn das Exportland Österreich bei klimaverträglicher Mobilität zum Vorreiter und Kompetenzzentrum wird, können viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Nutzen wir diese Chance! Ulla Rasmussen
VCÖ, Verkehrspolitik, per Mail

Brückierung der Fleißigen

Betreff: Aktion 20.000
Herr Fleißig macht bei der Firma Zement in Vorarlberg die Maurerlehre. Der Beruf und die Firma gefallen ihm, er bleibt. Mit 50 Jahren und zwölf Stunden am Tag ist er diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen, er wird arbeitslos. Die Aktion 20.000 hätte ihm bei einem Acht-Stunden-Tag die Chance geben, wieder für sich und die Gesellschaft Gutes zu tun. Diese Aktion wurde von dieser Regierung gleich abgeschafft.

Herr Fleißig muss sich täglich die Schlagworte von Sozialmissbrauch, sozialer Hängematte und Durchschummeln bis zur Pension mit anhören. Herr Fleißig versteht nach so vielen Jahren harter Arbeit die gewählte Regierung nicht mehr. Er ist niedergeschlagen und depressiv. Ganz gleich, was die schwarz-blauen Bonzen in Wien beschließen, von der Vorarlberger ÖVP hört man nichts. Sie machen sich die Hände mit schmutzig, wenn die österreichischen Leistungsträger von dieser Regierung so brüskiert werden.

Hubert Thomma
6773 Vandans

#MeToo again: Klarstellungen aus der Beratung

Tendenziöse Begriffe, unzulässige Vermischungen: Eine Replik auf Adults for Adults

Sabine Wagner-Steinrigl

Zum Kommentar der Vertreterinnen von Adults for Adults an dieser Stelle ist aus der Beratungserfahrung der Gleichbehandlungsanwaltschaft einiges richtigzustellen.

1. Zu den kritisierten „sensibilisierten Männern“: Insbesondere die Berichte von Männern über selbst erlebte sexuelle Übergriffe sind äußerst wertvoll. Damit wird nämlich deutlich, dass es um autoritäre Strukturen geht, in denen sexuelle (und andere) Übergriffe und Machtmisbrauch möglich sind. All jene, die darin in abhängigen Positionen sind – großteils Frauen, aber nicht nur –, können diese Übergriffe erleiden. Auch bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft melden sich derzeit verstärkt Männer aus Bereichen mit schlechten Arbeitsbedingungen und starken Hierarchien mit Belästigungserfahrungen. Diese Männer helfen daher mit, den Blick auf diese Strukturen, die dringend einer Änderung hin zu Hierarchieabbau und Demokratisierung bedürfen, zu lenken.

2. „Sexuelle Übergriffe passieren in alle Richtungen gleichermaßen“: Dies ist im Arbeitszusammenhang unrichtig. Aus der Beratungserfahrung der Gleichbehandlungsanwaltschaft ergibt sich, dass der Großteil der bei uns gemeldeten sexuellen Übergriffe von Vorgesetzten ausgeht. Es gibt auch Übergriffe auf der gleichen Ebene oder „von unten nach oben“; und auch von Frauen – aber bei weitem nicht in gleichem Ausmaß. Auch dies zeigt, dass es sich

in erster Linie um ein Problem von Machtmisbrauch handelt.

3. „Kleine und kleinste unerwünschte sexuelle Erlebnisse“: Am Arbeitsplatz können auch kleine Übergriffe – wie gesagt, meist von Vorgesetzten – große Wirkung haben, da es für Betroffene um ihre Existenz geht. Nach unserer Beobachtung endet nach Beschwerden in den meisten Fällen das Dienstverhältnis – derer, die sich beschwert haben. Ein Mitgrund, warum viele kompetente Frauen statt innerbetrieblichem Aufstieg eine Kündigung erleben. Ein immer wieder auftretendes Phänomen ist weiters, dass auch kleinere Übergriffe im Arbeitszusammenhang Erinnerungen an vergangene, schwerwiegendere Übergriffs erfahrungen aktivieren können.

Verantwortung der Medien

4. „Weibliche Hysterie“, „Stimmungsmache“, „Lynchjustiz“: Der Beitrag strotzt vor tendenziösen Begriffen. Von unseren Klienten und Klientinnen wenden sich die wenigsten an die Medien, die meisten nutzen genau jene Wege, die ihnen die Gesetze gewähren. Aber auch wenn sie sich an die Medien wenden, ist das keine „Lynchjustiz“, wenn Vorfälle glaubwürdig benannt werden, oft auch bestätigt durch Zeugen und Zeuginnen. Sicherlich ist Vorsicht geboten, wenn Dinge von anderer Seite an Medien gespielt werden. Hier müssten sich die Medien fragen, wem sie dienen, wenn sie Sachverhalte an die Öffentlichkeit tragen, zu denen die betroffenen Frauen nicht gehört wurden.

5. Was die Durchsetzung rechtlicher Ansprüche betrifft, zeugt der Beitrag von wenig Wissen. Das Recht und die darin handelnden Personen sind nach wie vor nicht unbedingt opferfreundlich; viele Rechtsstandards, etwa Verjährungsfristen, wurden erst sukzessive zugunsten von Opferschutz verändert. Dies ist mutigen Frauen zu verdanken, die trotz enormer Belastung und großer Risiken Verfahren geführt und hier Lücken aufgezeigt haben. Nach wie vor gibt es Richter und Richterinnen, denen die nötige Sensibilität fehlt; von „zu hässlich, um sexuell belästigt werden zu können“ bis zur Meinung, Frauen seien unglaublich, weil sie traumatisierende Erlebnisse vor Gericht nicht stringent genug oder in bestem Deutsch wiedergeben können.

6. Die Autorinnen vermischen (wieder einmal) sexuelle Übergriffe und Sexualität – dies wurde bereits kritisiert. Es ist perfide, den Frauen, die sich jetzt zu Wort melden, vorzuwerfen, dass sie in Richtung Entsexualisierung arbeiten. Es geht in dieser Debatte um das Benennen, die Abwehr und letztlich die Befreiung von sexuellen Übergriffen, häufig Ausdruck sexualisierter Machtverhältnisse. Dies ist ein emanzipatorischer Akt, den wir in unserer Arbeit immer wieder begleiten dürfen; und wohl eine Grundvoraussetzung, um eine selbstbestimmte Identität und eigenes sexuelles Begehr zu entwickeln zu können.

SABINE WAGNER-STEINRIGL, Juristin bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft.